

Der Staat : die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger

Autor(en): **Spörri, Hanspeter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **139 (2012)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-513294>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Der Staat – die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger

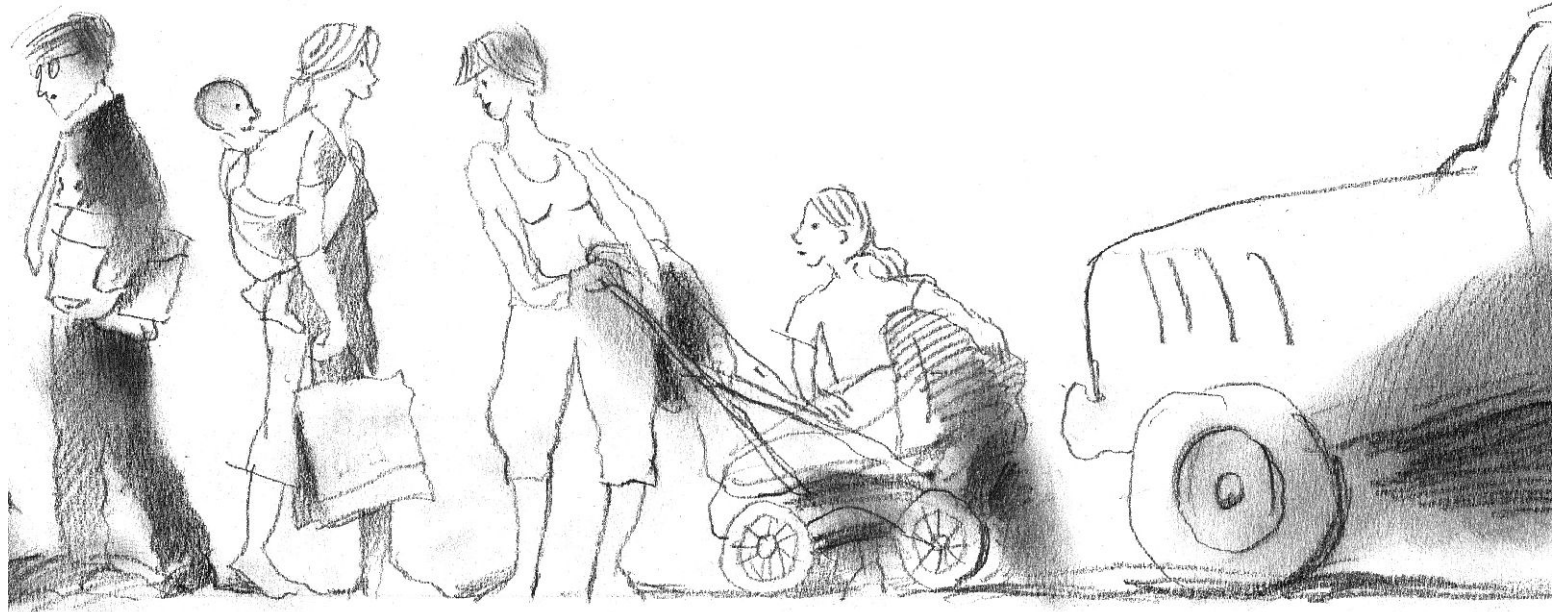
Zusammenfassung des Gesprächs zwischen Daniel Thürer, Heidi Eisenhut und Hanspeter Spörri vom 2. Januar 2012, Monstein GR, mit Elementen aus der Rede zur Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft vom 26. November 2011 im Restaurant Alpstein, Appenzell

HANSPETER SPÖRRI

Demokratie, wir wissen es heute, funktioniert besser als alle anderen Staatsformen. Auch für Daniel Thürer, emeritierter Professor für Völkerrecht, Europarecht, öffentliches Recht und vergleichendes Verfassungsrecht an der Universität Zürich, ist die Demokratie etwas, das «wir nicht preisgeben wollen und dürfen». In seinem Vortrag vor der Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft im Bezirk Rüte im November 2011 erinnerte er aber daran, dass Demokratie an Voraussetzungen geknüpft ist. Seine Ausführungen basierten auf seiner vielbeachteten Abschiedsvorlesung an der Universität Zürich vom 23. November 2010, die auch in gedruckter Form vorliegt: *Res publica. Von Bürgertugenden, Menschenrechten und neuen Feudalisten*.¹

27 Jahre lang lehrte Daniel Thürer an der Universität Zürich. Er war Gastprofessor etwa in Harvard, Stanford, Hongkong, Paris, Posen,

Cambridge und am European University Institute in Florenz. Auch nach seiner Emeritierung bekleidet er verschiedene Funktionen: So ist er Mitglied des IKRK, er vertritt die Schweiz in der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz in Strassburg und ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht. Thürers Publikationsliste umfasst zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich des Völker- und Europarechts sowie des schweizerischen und vergleichenden öffentlichen Rechts. Als Experte wurde und wird er für Beratungen ausländischer Parlamente (z.B. Polen, Bundesrepublik Deutschland) und Regierungsinstanzen (z.B. im Rahmen des «Forum of Federations», Ottawa), Expertisen für internationale Organisationen (z.B. High Commissioner for Human Rights der UN), Vorträge im In- und Ausland sowie Missionen im Ausland beigezogen.²



In Daniel Thürers wissenschaftlicher Arbeit wie in seinem internationalen Engagement geht es immer wieder um die Rechtsstaatlichkeit, die «Rule of Law», auch auf internationaler Ebene. Diese soll auch verhindern, dass sich die Demokratie durch sich selbst abschafft, dass sie zu einer Herrschaft der Mehrheit über die Minderheiten verkommt.

Heidi Eisenhut und Hanspeter Spörri verbrachten einen denkwürdigen Januartag im tief verschneiten Monstein bei Davos, der zweiten Heimat der Familie Thürer. Dort forschten sie in einem ausführlichen Gespräch mit Daniel Thürer nach den appenzellischen Wurzeln seines Denkens und seines politischen Weltbilds und wollten – herausgefordert durch den Vortrag anlässlich der Jahresversammlung – mehr wissen über seine Haltungen zur Res publica, zu Bürgertugenden, seiner Rede von neuen Feudalisten und der Idee des patriotischen Tisches.

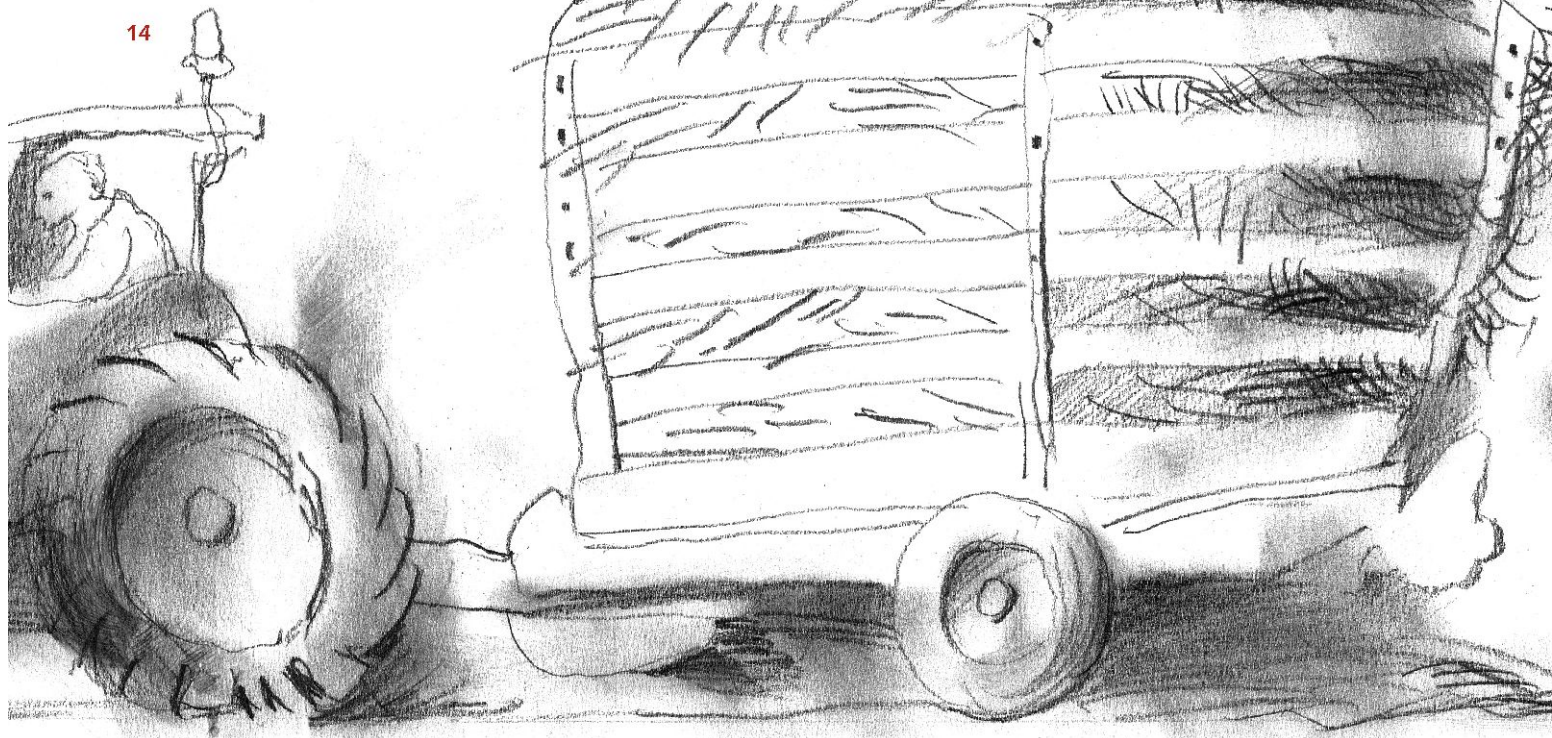
Am Anfang stand Teufen

Thürer, 1945 geboren, hat seine Kindheit und Jugend in Teufen verbracht. Was hat ihn geprägt? Er muss nicht lange überlegen und zählt auf: «Das Dorf, die Pfadfinder, die Landschaft, der Alpstein, wo ich oft mit den Eltern wanderte.» Wichtig sei auch gewesen, dass er durch die Familie in Kontakt mit der appenzellischen

Geschichte gekommen sei. Beispielsweise bestehe über seine Mutter eine familiäre Beziehung zu den Baumeistern Grubenmann – und wohl dadurch habe er ein besonderes Interesse an deren Arbeit: «Der Brückenbau fasziniert mich bis heute», sagt Thürer: «Und das im technisch-ästhetischen, aber auch im übertragenen, metaphorischen Sinn.» Brücken müssten solide, sollten aber ebenso elegant sein. Auch zwischen unterschiedlichen Kulturen könnten Brücken gebaut werden.

Die Villa Roth

Aufgewachsen ist Daniel Thürer in einem besonderen Haus, in der Villa Roth in Teufen. Das Gebäude im Dorfzentrum, das 1977 einem geplanten Post-Neubau weichen musste, wurde von Landammann Johannes Roth (1812–1870), vermutlich nach Plänen von Felix Wilhelm Kubly, erbaut. Um 1880 erfuhr es eine Erweiterung durch den Sohn, Landammann und Minister Arnold Roth (1836–1904). Vater und Sohn vertraten Appenzell Ausserrrhoden im Ständerat. Arnold Roth war ausserdem von 1877 bis 1904 Gesandter, das heisst Minister, der Schweiz beim Deutschen Reich. Die beiden Politiker – «eigentlich waren sie mehr Staatsmänner als Politiker», meint Daniel Thürer, notabene Persönlichkeiten, die uneigennützig



Bedeutendes leisteten, das über die alltägliche Politik hinausging – waren im Haus immer noch ein wenig präsent, vor allem auch, weil sich Vater Georg Thürer, der HSG-Professor, Germanist und Historiker, vertieft mit deren Wirken befasste und sein Wissen später in einem Band der Teufener Hefte zusammenfasste.³

Die Villa sei etwas gross angelegt und eher unpraktisch gewesen, erinnert sich Daniel Thürer. In ihr habe sich ein Lebensstil manifestiert, der nicht ganz ins Appenzellerland passte. In dieser Ambiance aufzuwachsen, sei allerdings anregend gewesen: «Es gab einen grossen Weinkeller und viele verborgene Winkel im Haus; die Grosseltern sowie eine Tante wohnten ebenfalls da. Wir Kinder suchten nach dem geheimen Gang, der angeblich zum Haus des anderen Roth-Bruders auf der gegenüberliegenden Strassenseite führte.» Gefunden haben sie zwar einen Eingang, aber keinen Gang. Früh jedoch erfuhr Daniel Thürer auf diesen Wegen etwas über den Lebensstil des Auserrhoder Grossbürgertums. Ihr Reichtum habe Vater und Sohn Roth erlaubt, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ausserdem hätten sie mit namhaften Beiträgen den Bau des Pfarrhauses (heute Gemeindehaus) und des Schulhauses gegenüber der Teufner Grubenmann-

kirche ermöglicht und einen wesentlichen Anteil der Kosten für den Bau der neuen Strasse von St. Gallen nach Teufen und durch das Dorf getragen.

Atmosphäre der Gleichberechtigung

Prägend seien aber nicht nur das Elternhaus gewesen, sagt Daniel Thürer, sondern auch die damaligen Kontakte zu Gleichaltrigen und Älteren, die ihm beispielsweise die Mitgliedschaft in der Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beider Appenzell oder in der Offiziersgesellschaft ermöglicht haben. Kennengelernt habe er Ende der 1960er-Jahre unter anderen Hans Altherr aus Trogen, den heutigen Ständeratspräsidenten, den späteren St. Galler Kantonsbibliothekar Peter Wegelin aus Teufen oder den Altgermanisten Stefan Sonderegger aus Herisau. Es habe in diesem Kreis ein demokratischer Geist geherrscht; es sei locker und ganz und gar unhierarchisch zugegangen. Häufig sei man zusammen gewandert, habe irgendwo einen Most getrunken und dabei intensiv und meistens auf hohem Niveau diskutiert und politisiert: «Das geschah in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts. Ich hatte gewöhnlich eine andere Meinung, war für den Uno-Beitritt und fand, das Frauenstimmrecht müsse nun endlich eingeführt werden.» Dagegen seien Ar-



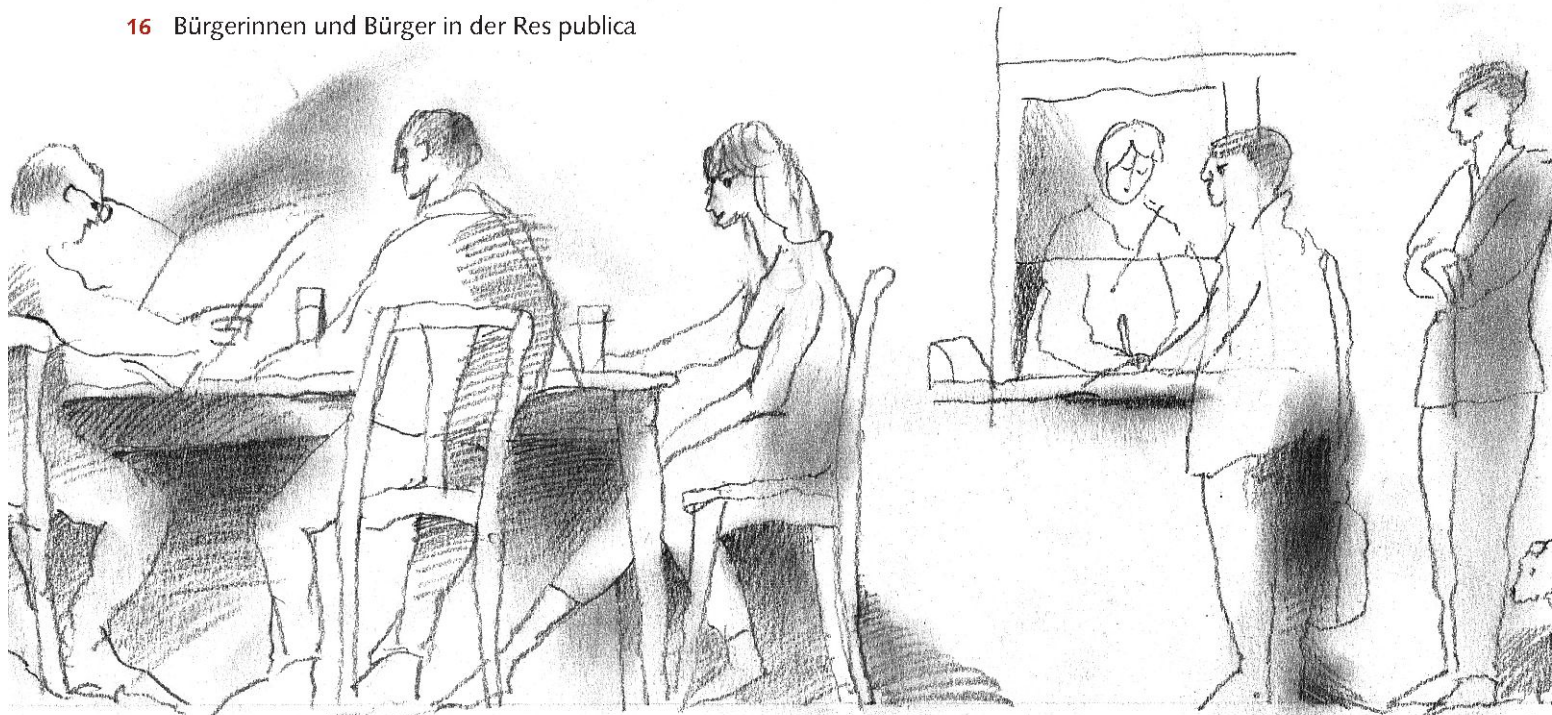
gumente vorgebracht worden, die ihm schon damals «archaisch» erschienen: die Frau gehöre nicht in die Politik; in der Uno sei die Schweiz verloren. «Aber was mich beeindruckte: Man konnte offen reden, wurde nicht verfemt wegen einer abweichenden Auffassung.» Dies sei in der Demokratie etwas Wesentliches. Dazu gehöre, dass man aufeinander eingehe, sich gegenseitig achte, Zeit in Gespräche investiere.

Prägende Gemeindeversammlung

Thürer erinnert sich auch an Stammtischtreffen von Jugendlichen, an denen er häufig teilnahm: «Wir unternahmen unter anderem einen politischen Vorstoss für eine Grundlagenreform der Gemeinde Teufen. Die Bevölkerung hielten wir für schlecht informiert; die Gemeindeversammlung wurde nur von wenigen besucht; dorfpolitische Diskussionen fanden kaum statt. So gingen wir also gemeinsam an die Gemeindeversammlung – wohl mit einigen Vorurteilen. Es war ja die Zeit der Studentenproteste, und wir hatten alle den Philosophen Herbert Marcuse gelesen, kannten seinen Essay über die repressive Toleranz, glaubten mit ihm, die Toleranz in liberalen Staaten diene bloss der Unterdrückung.⁴ Willi Schläpfer, der damalige Gemeindehauptmann, galt uns als ein Organ

des Establishments; wir glaubten, er führe die Bevölkerung am Gängelband, übe als ideologische Instanz einen verdeckten Einfluss aus. Unter dem Traktandum «Varia» liess er uns aber ausführlich zu Wort kommen, und erstaunlicherweise hörte man uns zu. Wir schlugen – wenn ich mich recht erinnere – vor, eine neue Dorfzeitung zu gründen, weil der *Säntis*, das in Teufen redigierte Blatt, kurz zuvor eingegangen war. Und wir regten auch die Schaffung eines Einwohnerrats an, eines Gemeindeparlaments. Wir waren selbst etwas erstaunt, als daraus eine gute, sachliche Debatte entstand. Schliesslich mussten wir einsehen, dass unsere Vorschläge zu wenig durchdacht waren. Über die Finanzierung der Zeitung hatten wir uns gar keine Gedanken gemacht. Aber es wurde dennoch eine Kommission eingesetzt, welche das Thema prüfen sollte.»

Dieser Sonntagmorgen mit der Gemeindeversammlung habe ihn für das ganze Leben geprägt, glaubt Daniel Thürer. Es sei sozusagen der erste Schritt in jenes Gebiet gewesen, mit dem er sich dann ein Leben lang beschäftigt habe: mit Staats- und Völkerrecht, mit Demokratie und Gesellschaft. Beeindruckt habe ihn viel später, dass auch Nelson Mandela über vergleichbare prägende Erfahrungen berichtet habe:⁵ «Ich glaube, dass beispielsweise in



Deutschland oder Frankreich das Lokale allzu gering geschätzt wird.» Im Gegensatz dazu habe in der Schweiz das Dorf, die Gemeinde, eine immense Bedeutung: «Es gibt keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen einer Dorfgemeinschaft und grossen internationalen Institutionen. Sie funktionieren ähnlich. Wichtig ist, dass man einander respektiert und sich gegenseitig zuhört.»

Landsgemeindedemokratie

Dass zu Thürers wichtigsten Erfahrungen auch die Landsgemeinde gehört, überrascht nicht. Immer wanderte die ganze Familie gemeinsam nach Trogen oder Hundwil. Fasziniert war er «von der Ernsthaftigkeit und Feierlichkeit» des Anlasses. «Und mich beeindruckte, dass man die Regierungsmitglieder sah, dass diese vor einem standen oder aus der Mitte des Volkes heraus gewählt und auf den Stuhl geleitet wurden.» Ihm fiel in jungen Jahren auf, wie die Kandidierenden eher bescheiden gekleidet an die Landsgemeinde kamen, um nachher ja nicht den Eindruck zu erwecken, sie hätten mit der Wahl gerechnet. «Aus meiner subjektiven Sicht», sagt Thürer, «war die Abschaffung der Landsgemeinde einer der grössten Fehler der Ausserrhoder Geschichte». Der Kanton habe dadurch unendlich viel verloren.

Ein Stück weit sei wohl die ganze Schweiz von der Landsgemeindedemokratie geprägt, vermutet er. Da er oft reise, im Auftrag des Europarates, des IKRK oder anderer Institutionen, könne er Vergleiche anstellen. Das Staatsverständnis sei in der Schweiz tatsächlich einzigartig: «Es wird nicht von der Obrigkeit geprägt. Und es ist sichtbar, dass die Macht vom Volk ausgeübt wird.» Deshalb sei auch der Genossenschaftsgedanke hierzulande verbreitet. In der Landsgemeinde habe dies eine symbolhafte Abbildung gefunden.

Thürer ist überzeugt, dass die politische Kultur der Schweiz historische Wurzeln habe, die weit vor die Zeit von 1848 zurückreichen: «In der Urschweiz ging es wohl nicht so heroisch zu, wie Schiller es schildert. Aber es existierten in jener Zeit Alp- und Agrargenossenschaften. Auch in der Ostschweiz fanden schon vor Jahrhunderten Landsgemeinden statt – so, wie die Germanen in noch früheren Zeiten ihre Thingversammlungen abhielten.» Doch auch der Einfluss der Französischen Revolution sei bedeutend – und jener der Regeneration, deren Repräsentanten gerade in Appenzell Ausserrhoden bemüht gewesen seien, im Rahmen von Lesegesellschaften und kulturell-gemeinnützigen Vereinen eine Öffentlichkeit zu pflegen und via die Gründung von Presseorganen,



durch die erstmalige Publikation der Staatsrechnung und den Druck des Landbuchs, der Gesetzessammlung, Transparenz zu schaffen. Die Verfassungsdiskussion Anfang der 1830er-Jahre ist ein gut dokumentierter Prozess zähen politischen Ringens um ein kantonales Grundgesetz.⁶

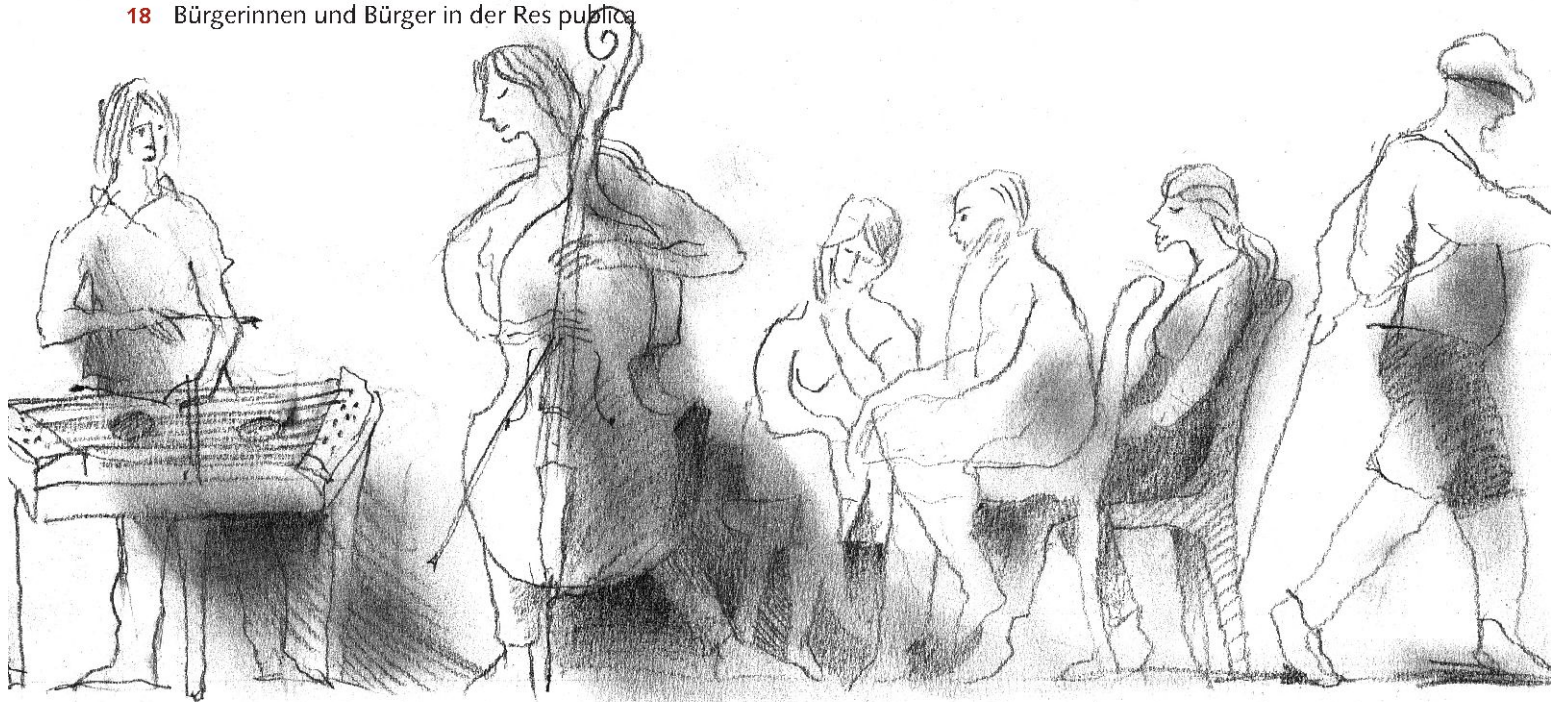
Aber ob denn die Landsgemeinde nicht auch viele Nachteile gehabt habe? Thürer erwähnt das fehlende Stimmgeheimnis: «Mir persönlich war das egal. Wenn mein Vater ein Geschäft besessen hätte, wäre es vielleicht anders gewesen. Vielleicht hätten wir dann das Gefühl gehabt, wir müssten Rücksicht nehmen. Aber es gehört zur Republik, dass man den Mut hat, zu seiner Meinung zu stehen. Bei der Landsgemeinde überwog für mich zudem der Integrationswert. Es war sichtbar, wer Verantwortung trägt, wer demütig vor das Volk treten und Rechenschaft ablegen musste.» Das entspreche im Grunde genommen genau dem, was heute von Regierungen international gefordert werde: Transparency, Responsiveness und Accountability – drei Schlüsselworte, die benennen, was die Behörden heute zu erfüllen hätten: «Ihre Entscheide müssen transparent und nachvollziehbar sein; sie müssen für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein und haben ihnen gegenüber eine Rechenschafts-

pflicht.» Die Landsgemeinde habe dem entsprochen: «Man sah, wer teilnahm, konnte die politische Entscheidungsfindung beobachten. Den Regierungsräten war jederzeit klar, dass sie sich bald wieder dem Volk zu stellen hatten. Das stellte einen Wert an sich dar.»

Aber nicht nur einige Kantone der Deutschschweiz kannten diese Form der direkten Demokratie: Genf hielt Bürgerversammlungen in der Kathedrale St-Pierre ab; dort fand auch Jean-Jacques Rousseaus Idee vom Gesellschaftsvertrag grosse Beachtung. Laut diesem geht legitime politische Macht nur vom allgemeinen Willen aus und habe stets für das Gemeinwohl zu sorgen.⁷ Genf sei im 18. Jahrhundert ein Phänomen gewesen, eine Insel der Republik.

Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger

Von den Bürgerinnen und Bürgern in der Republik erwartet Daniel Thürer viel, zuvorderst die Fähigkeit zur politischen Auseinandersetzung. Wert- und Beurteilungsdifferenzen seien dabei als «notwendiger Bestandteil des demokratischen Prozesses» zu akzeptieren und auszuhalten, auch bei allergrössten Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen. Dazu brauche es ein grosses Selbstvertrauen. Bürgerinnen und Bürger müssten bereit sein, selbst



zu entscheiden. Sie könnten nicht alle schwierigen Fragen an Experten delegieren. Solche seien zwar manchmal nötig, um Optionen aufzuzeigen, um beispielsweise die Sicherheit von Atomkraftwerken zu beurteilen oder rechtliche Fragen zu klären: «Aber letztlich liegt die Verantwortung bei der Politik, im politischen Prozess, also bei den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Verantwortung kann man nicht abtreten.»

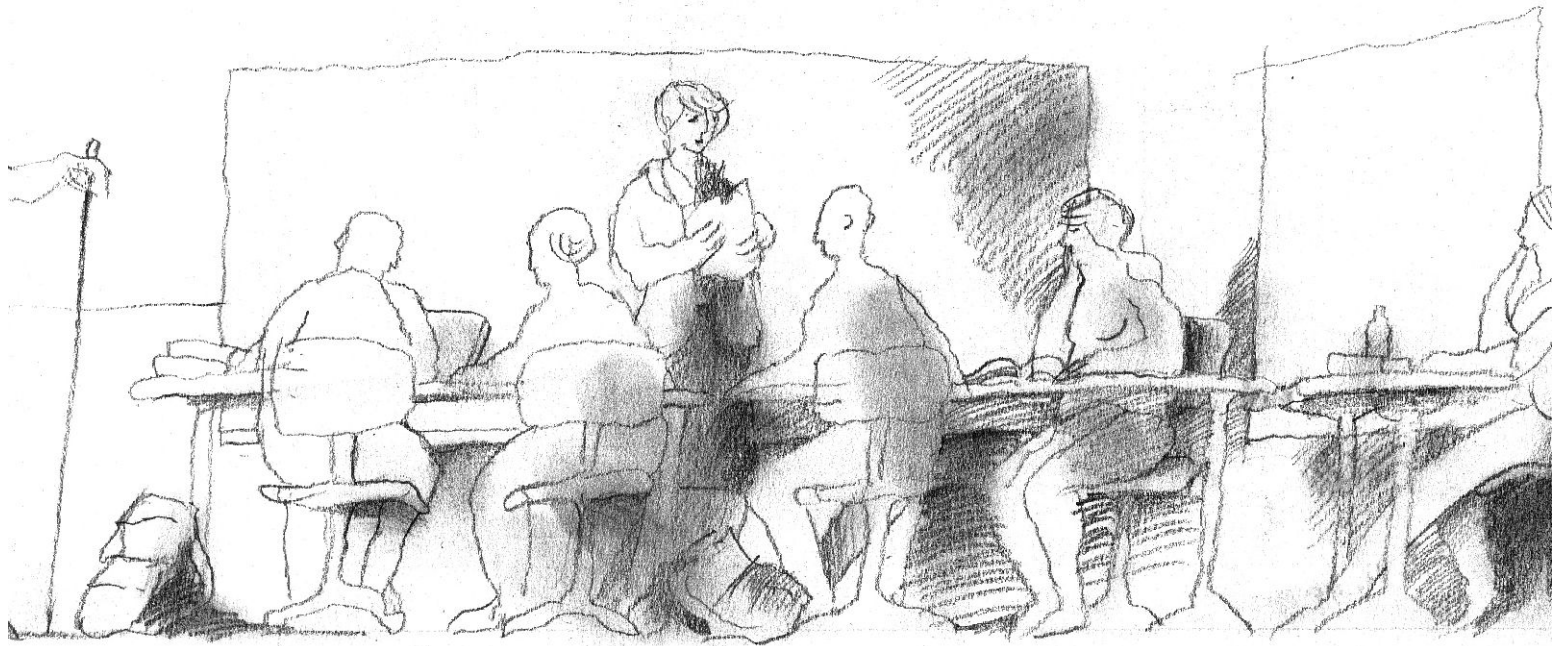
Daniel Thürer selbst wird oft als Experte beigezogen. Dennoch glaubt er, dass Experten aller Fachrichtungen dazu neigten, ihre Positionen zu verabsolutieren. Dies sei einerseits verständlich, da sie auf ihrem Gebiet mehr wüssten als andere. Andererseits seien Bürgerinnen und Bürger Generalisten, die «mit Recht verständliche und allgemeinverträgliche Lösungen fordern». Sie könnten sich auf den «Common Sense» berufen, auf die Vernunft und den Alltagsverstand.

Thürer spricht in diesem Zusammenhang von Bürgertugenden: «Wer das Stimmrecht ausübt, muss wissen, dass er oder sie damit Entscheide fällt, von denen Mitmenschen betroffen sind. Zum Stimmrecht gehört deshalb auch eine Sorgfaltspflicht.» Diese werde manchmal wohl ungenügend wahrgenommen, vermutet Thürer. Die Idee des Rechtsstaates –

also auch der Menschenrechte – werde in der Schweiz häufig unterbewertet. Die Justiz müsse in der Lage sein, Rechtsgarantien durchzusetzen. Auch Minderheiten, auch Einzelne, müssten geschützt sein – auch jene, die eine abweichende Position vertreten. «Denn es gibt immer Leute, die nicht ins Schema passen, die in Opposition zur Mehrheit stehen.» Thürer nennt die Minarettinitiative als Beispiel für eine Volksabstimmung, bei der «die Rechtsposition der anderen zu wenig ernst genommen wurde, unter anderem dadurch, dass über Muslime pauschalisierende Klischees verbreitet wurden.»

Wer den Text einer Volksinitiative formuliere, müsse sich Rechenschaft ablegen, dass seine Worte allenfalls Eingang in die Verfassung finden und somit zum obersten Recht des Staates werden: «Da sollte nichts stehen, was den Grundprinzipien des Verfassungsrechts widerspricht, etwa dem Verhältnismässigkeitsgebot und dem Willkürverbot.» Thürer beobachtet gegenwärtig, dass es merkwürdig sei, wie vermehrt nachlässig mit diesen Prinzipien umgegangen werde, wie Einwände abschätzig als formaljuristische Bedenken abqualifiziert würden.

Die Intellektuellenfeindlichkeit, die darin zum Ausdruck komme, sei leider auch im Ap-



penzellerland ausgeprägt. Das sei auch deshalb schade, weil gerade in Appenzell Auserrhoden schon sehr früh eine Balance von Demokratie und Rechtsstaat angestrebt worden sei.

Die Bürgerkommission

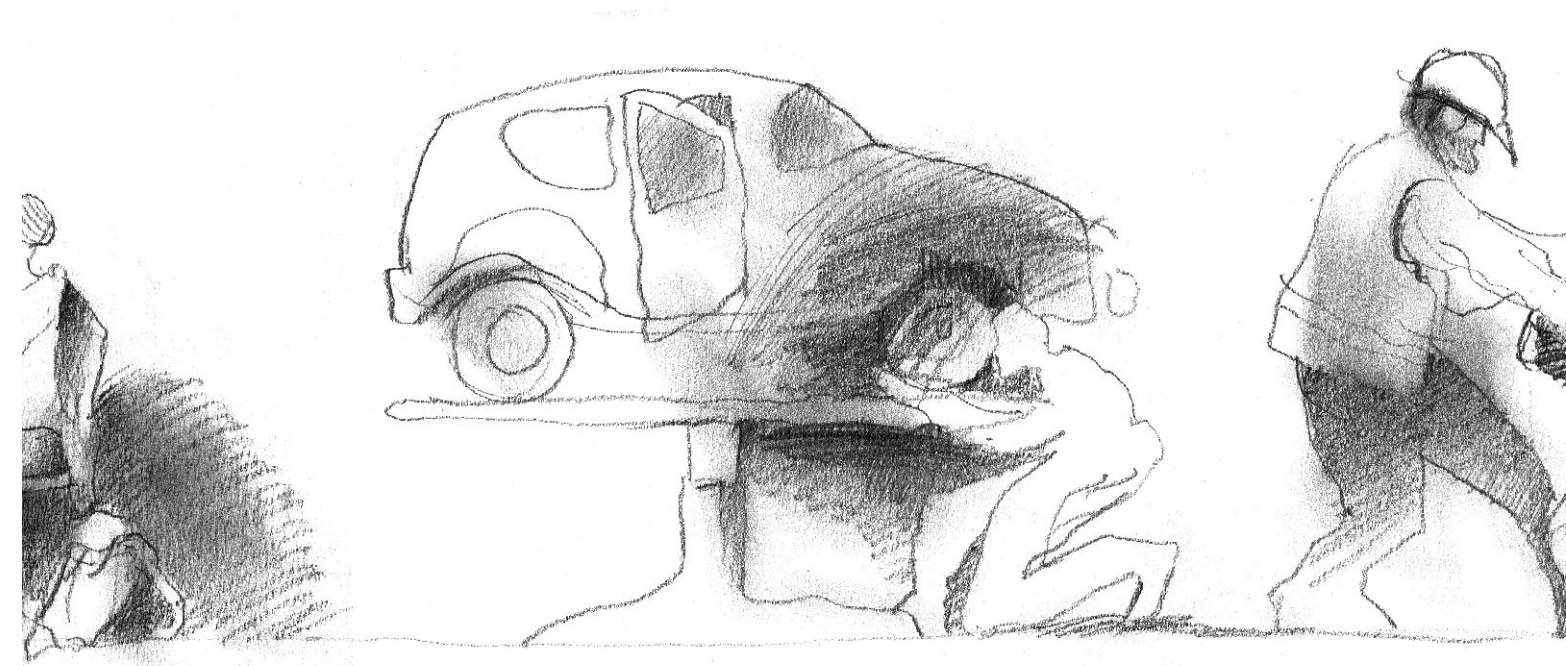
In einer Demokratie sollte es möglich sein, dass ein Gericht die Politik bei den Grundprinzipien behaften könne, führt Daniel Thürer aus. Erst dadurch erhalte die Republik einen höheren Wert, erhebe sich sozusagen über sich selbst, über den Alltag, über Egoismen und Einzelinteressen. «Zu den Bürgertugenden gehört manchmal auch, dass man als Bürgerin und Bürger gegen seine unmittelbaren eigenen Interessen stimme. Das wird heute unterbewertet. Dafür überhöht und verabsolutiert man die Volkssouveränität: Das Volk hat gesprochen. Punkt.» Dabei gehe vergessen, dass in der Demokratie Gegengewichte nötig seien, Checks and Balances.

Thürer empfiehlt deshalb Parlament oder Bundesrat, in diese Richtung aktiv zu werden. Zu prüfen sei die Einsetzung einer Kommission von Vertrauensleuten, eine Art «Bürgerkommission», der alle Initiativtexte vorgelegt werden müssten. Vielleicht erfordere dies eine Verfassungsänderung. Diese Kommission würde

keine Entscheide fällen. Ihre Pflicht wäre es laut Thürer aber, jeden Verfassungstext im Entwurf zu prüfen und allfällige Einwände und Bedenken rechtlicher Art mit den Initiantinnen und Initianten zu diskutieren. Im besten Fall würden diese danach von sich aus den Initiativtext revidieren. Sie könnten aber auch einfach in einer Erklärung begründen, weshalb sie nicht auf Änderungsvorschläge eingehen wollen. Der frühere Appenzeller Bundesrat Arnold Koller hatte eine solche Idee in einem Presseinterview vorgeschlagen.

Das Dilemma der Demokratie

Thürer erläutert an einem fiktiven Beispiel, wie das ablaufen könnte: Sollte eine Initiative zur Einführung der Todesstrafe lanciert werden – beispielsweise unter dem Eindruck eines schweren Verbrechens – würde die Kommission einerseits wohl Verständnis äussern für das Anliegen, andererseits aber auch darauf hinweisen, dass die Todesstrafe Menschenrechtsverträgen widerspricht und zu institutionellen Schwierigkeiten, beispielsweise mit dem Europarat, führen würde. Die Initianten wären danach frei, an ihrem Anliegen festzuhalten oder es zurückzuziehen. In den Abstimmungs-erläuterungen des Bundesrates aber wären die Einwände enthalten. Denkbar wäre auch



die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit. Man könnte dem Bundesgericht die Kompetenz geben, grobe Missgriffe zu korrigieren.

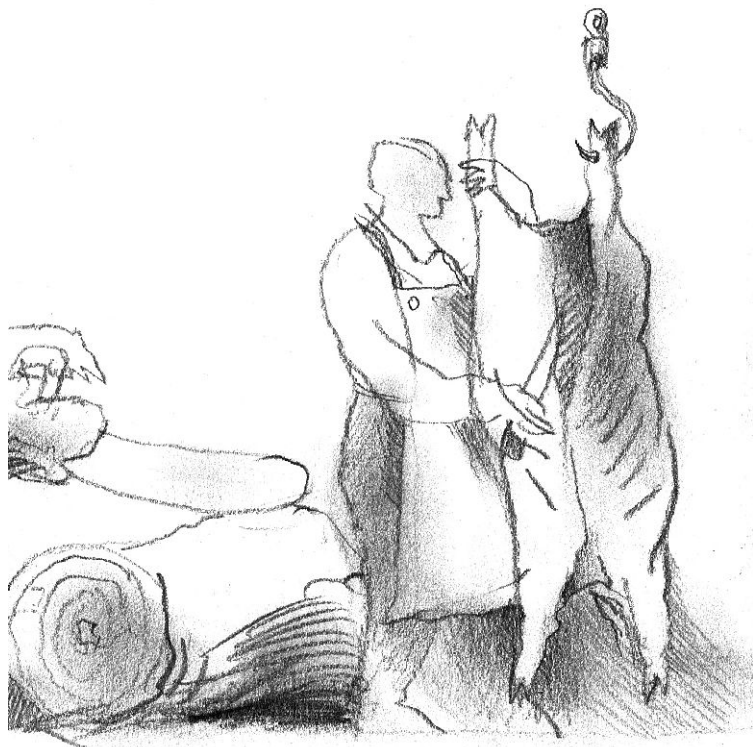
Thürer nimmt einen Einwand ernst: In der Tat könne dies zu einer Verabsolutierung rechtlicher Argumente führen: «Es geht aber immer ums Abwägen und Ausbalancieren. Daran müssen alle Gewalten im Staat beteiligt sein.» Es sei deshalb eine öffentliche Debatte nötig. Allerdings glaubt Daniel Thürer nicht, dass derzeit die Voraussetzungen dafür günstig seien. Allzu verkürzt seien die Argumente, die heute über die Medien ausgetauscht würden. Oft stünden Symbole und Klischees im Vordergrund, was zu unschönen Debatten führe, in denen es gar nicht mehr um das eigentliche Thema gehe. Die vorgeschlagene Kommission könnte immerhin zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

Und nochmals kommt Thürer auf die Grundvoraussetzung des politischen Dialogs zu sprechen: Man muss Fehler machen dürfen. Auch der Holzweg ist ein Weg. Imagination und Intuition sollen im politischen Dialog wieder zu ihrem Recht kommen. Zu einseitig verlaufen heute die Debatten im Parlament. Fast immer geht es um Geld und um Eigeninteressen. Für das Erörtern von Visionen und gänzlich vom

Gewohnten abweichenden Ideen bleiben weder Raum noch Zeit.

Mut zur Diskussion von Grundsatzfragen

Dass es auch anders möglich ist, hat Daniel Thürer beispielsweise im Südsudan erlebt, in einem der ärmsten Länder der Welt. Die meisten Einwohner können weder lesen noch schreiben. Eine kleine Elite hat in den USA studiert. Thürer beriet die verfassungsgebende Versammlung, die in einem riesigen Zelt tagte: «Sie stand vor einer Tabula-rasa-Situation. Die Mitwirkenden bemühten sich alle darum, den andern zuzuhören.» Im Zentrum eines solchen Prozesses stehe die Frage, welche politischen Mechanismen man einführen wolle. Derartige Prozesse fänden beispielsweise auch in Serbien oder Georgien statt. Immer wieder falle ihm an solchen Orten auf, wie gross die Freude am Beratschlagen und gemeinsamen Überlegen sei. Häufig zeige sich eine spielerische Seite – etwas, das uns in der Schweiz ein wenig abhanden gekommen sei: «In Ländern, in denen früher Willkürherrschaft herrschte, sind die Leute diskussionsfreudig, gerade auch die Jungen. Sie fragen: Was ist ein gerechter, fairer Prozess? Was ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und was ist Völkermord? Viel intensiver als hierzulande wird an Grundsatzfra-



gen und Definitionen gearbeitet. Davor scheint man sich in der Schweiz zu fürchten. Man will den Status quo nicht gefährden, hat ein grosses Sicherheitsbedürfnis; man glaubt, alles könnte ins Rutschen geraten, wenn man irgendwo anfängt, etwas in Frage zu stellen.»

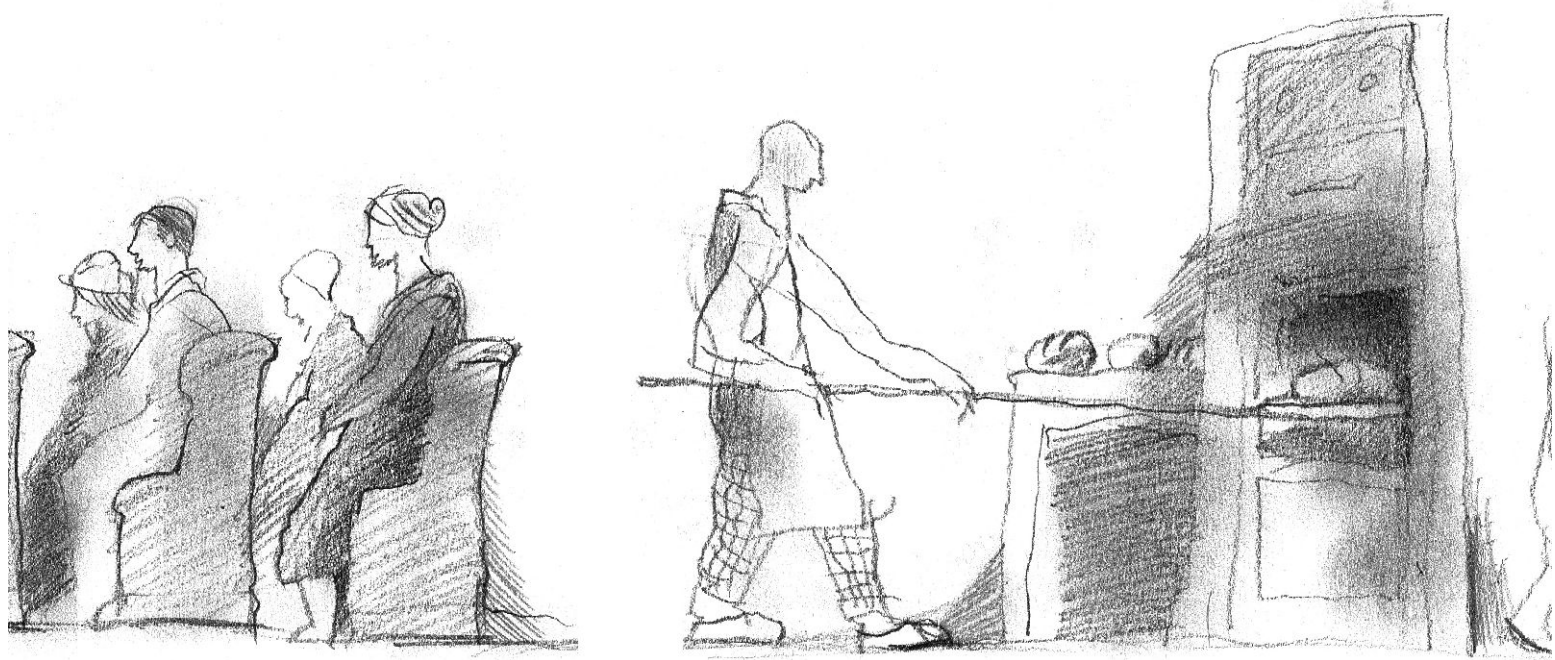
Zunehmende Ungleichheit

Daniel Thürer unterstreicht einen Grundsatz der Res publica, namentlich, «dass die Macht allen gehört; dass sie als ein Gemeingut aller öffentlich verwaltet werden muss; dass alle das gleiche Recht haben; und dass die Politik über der Wirtschaft steht. Auch das Völkerrecht beruht auf der Gleichheit aller Staaten.» International seien heute aber gegenläufige Tendenzen zu beobachten: Die G20 beispielsweise, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, führe sich auf, als ob sie die Welt regiere und es deshalb nicht nötig habe, andere Länder anzuhören. Innerhalb der EU sei diese Tendenz durch die Eurokrise verschärft worden, obwohl auch die EU auf der prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Mitglieder aufbaue. Wenn sich aber hegemoniale Systeme bildeten – Thürer spricht in diesen Fällen von «neuen Feudalisten» – habe das immer problematische Folgen gehabt, wie die Geschichte zeige, beispielsweise nach dem 1. Weltkrieg, als

mit den ungerechten Pariser Vorortverträgen die Keimlinge für den 2. Weltkrieg gepflanzt worden seien. Erst nach 1945 sei man zur Einsicht gelangt, dass neue Gebilde stets auf der Grundlage des Rechts, des Verfassungsrechts und des Völkerrechts, aufbauen müssten. Glücklicherweise seien in den Anfängen des europäischen Einigungsprozesses mit Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi grosse Geister am Werk gewesen.

Mut zur Benennung von Ungleichheiten

Was lässt sich gegen zunehmende Ungleichheiten tun? Um beim Beispiel der G20 zu bleiben: Einzelne Länder sind offensichtlich diskriminiert. Auch die Schweiz, die längst Mitglied sein sollte, wenn die G20 tatsächlich das täte, was sie als ihre Aufgabe bezeichnet, namentlich die 20 wirtschaftlich leistungsfähigsten Staaten zusammenzubringen. Auch Holland und Schweden gehörten dann dazu. Es wäre also eine Allianz aus Ländern zu bilden, die faktisch und moralisch das Recht hätten, dabei zu sein: Man sollte auch den Mut haben, in grösseren Kategorien zu denken, beispielsweise die Frage zu stellen, wie man die G20 in das Uno-System integrieren könnte. Denn dies entspräche dem Grundsatz der «Rule of Law» besser als die ad hoc arrangierte G20. Es wäre auch



eine Integration in den IMF, in den Internationalen Währungsfonds, in das Weltbankensystem möglich. Allenfalls könnte man auch im Rahmen der Uno einen Welt-Finanz- und Wirtschaftsrat schaffen, analog zum Sicherheitsrat der Uno. Das wäre viel repräsentativer und demokratischer als die jetzt herrschende Willkür.

Die Schweiz, glaubt Thürer, trete allzu ängstlich auf, auch im Rahmen der Uno. Die Schweizer Aussenpolitik sei stark durch wirtschaftliche Interessen bestimmt. Zu einer funktionierenden Wirtschaft gehöre der gegenseitige Respekt. Es liege im schweizerischen Interesse, ein gewisses Vertrauenskapital aufzubauen. Eines Tages könnte das Land darauf angewiesen sein. Es sei deshalb beispielsweise klug und richtig, bei Waffenexporten restriktiv zu sein und nicht nur kurzfristige Industrieinteressen zu verfolgen.

Elite ohne Werte

Neue Feudalisten haben sich nach Thürers Beobachtung auch in der Wirtschaft herausgebildet. Es sei eine sogenannte Elite, eine schmale «Manager-Kaste», entstanden, die aber eigentlich keine wirkliche Elite sei. Sie verkörpere keine moralischen Werte mehr, wie einst beispielsweise die Familie Zellweger in Trogen, sondern verfolge hauptsächlich eigene

Interessen – und nicht einmal mehr jene der Aktionäre.

Und so kehrt das Gespräch nach dem Exkurs in die internationale Politik wieder zurück ins Appenzellerland: Hier seien einerseits Familien einflussreich gewesen, die – wie die Zellweger – im Christentum verankert gewesen seien, über Bildung und nicht nur über eine gute Ausbildung verfügt hätten. Andererseits hätten manche in der Bevölkerung zwar über eine geringe Bildung verfügt, seien aber dank ihrer grossen Lebenserfahrung gleichwohl in der Lage gewesen, politische Vorgänge zu beurteilen. Nochmals kommt Thürer auf die heutige Manager-Kaste zu sprechen: Viele ihrer Angehörigen seien möglicherweise sogar gebildet, aber zugleich Getriebene, hätten den Kontakt zur Gesellschaft verloren, lebten abgeschottet und eingemauert. Diese neue feudalistische Kaste sei gänzlich intransparent, beruhe auf einer extremen Teilung der Gesellschaft in ein Oben und ein Unten.

Wenn das geschichtliche Wissen fehlt

Besorgnis liegt Thürer in der Stimme, während er seine Beobachtungen vertieft: Im Gegensatz zum globalisierten Kapitalismus habe das frühere schweizerische Wirtschaftsnetzwerk mehr menschliche Züge gezeigt. Die Direktoren und



Verwaltungsräte der grossen Unternehmen, etwa der Schweizerischen Bankgesellschaft, seien z.B. im Militär engagiert gewesen. «Dies hatte auch einen Vorteil: Sie standen zumindest mit dem männlichen Teil des Volks in Kontakt, hatten irgendwann eine ganz gewöhnliche Rekrutenschule absolviert, ihren Dienst als Unteroffizier und Offizier geleistet und sind dadurch auch über die Sorgen und Nöte der Leute im Bild gewesen. Das interessiert heute niemanden mehr. Man kann vom Militär halten, was man will. Aber immerhin hockten die Männer einmal zusammen im Dreck. Heute steigt man, wenn man zur sogenannten Elite gehört, einfach irgendwann oben ein, häufig ohne grundlegende mitmenschliche Erfahrungen, aber auch ohne humanistische Bildung und historische Kenntnisse.» Diese wären heute vor allem wichtig, meint Thüerer. Aber jetzt werde Wirtschaft schon in der Primarschule unterrichtet. Natürlich sei es nötig, dass man etwas über Märkte und Wechselkurse wisse. «Aber ohne geschichtliches Wissen lässt sich Wirtschaftswissen gar nicht verorten. Dann fehlt ein Kompass.» Auch staatsbürgerliche Werte sollten in der Schule vermittelt werden. Bei Gymnasiasten habe er aber die Erfahrung gemacht, dass sie wenig Ahnung von der Schweiz hätten, wenig über die Errungenschaften dieses Staates wüssten.

Den Patriotismus neu definieren

Wohl deshalb ist Daniel Thüerer darauf gekommen, der Idee des Patriotismus neues Leben einzuhauchen. Der Patriotismus sei nicht gleichzusetzen mit dem Nationalismus, der so viel Leid verursacht habe, denn «er schliesst auch Liberalität und Idealismus mit ein». Im 18. Jahrhundert seien es die Aufgeklärten gewesen, die sich Patrioten nannten. Im Schloss Reichenau fand einst ein patriotisches Seminar statt: Mit dabei waren beispielsweise Johann Gaudenz von Salis-Seewis (1762–1834), der Offizier und Dichter, und Heinrich Zschokke (1771–1848), der deutsche Schriftsteller und Pädagoge, der sich in der Schweiz hatte einbürgern lassen – ein Aufklärer und Revolutionär. Die Patrioten der Aufklärung seien Weltbürger gewesen, nicht Nationalisten, sagt Thüerer: «Sie standen für universale Ideale ein, sorgten sich um die Gemeinschaft, kannten Werte.»

«Von mir selbst würde ich sagen, ich sei aus Patriotismus Europäer», meint Thüerer: «Obwohl ich unter den gegebenen Umständen nicht für einen EU-Beitritt eintrete. Aber ich identifiziere mich sehr mit anderen europäischen Ländern, allerdings auch mit Ländern in Afrika, in denen ich bei den Missionen im Einsatz war. Alle Länder bestehen aus Menschen. Und alle Menschen haben letztlich den



gleichen Wert. Man liebt ja nicht das Vaterland. Es geht nicht um die Würde des Landes, sondern um die Würde der Menschen.»

Viel sei heute von Souveränität und Unabhängigkeit die Rede – einem Patrioten gehe es aber nicht um die Souveränität und Unabhängigkeit als solche, sondern um die Werte, die dahinter stünden: «Das hat nichts mit einem dumpfen Rütli-Patriotismus zu tun. Rütli – das heisst eigentlich nur: ein Projekt, das verwirklicht werden muss. Es geht um Werte, um die Gesellschaft. Auch der Begriff der Republik ist heute vielleicht etwas aus der Mode geraten. Aber es ist wichtig, dass man ihren Wert wieder erkennt und wieder herstellt.»

Ein Patriot oder eine Patriotin ist für Daniel Thürer somit ein Mensch, der in einem Bezug zu seinem Land, seinem Kanton, zu seiner Region stehend, als Teil einer Gemeinschaft also, das Mögliche unternimmt, um zu deren Gedeihen einen Beitrag zu leisten. Ob Mann, ob Frau, ob alt, ob jung, ob Pazifistin oder Offizier, ob Akademiker oder Bauer, wichtig seien Engagement und echte Teilhabe. Aus diesem Gedanken heraus hat Thürer die Idee des patriotischen Tisches entwickelt, als ein Ort, an dem Menschen unterschiedlichster Provenienz zusammenkommen, ihre Anliegen einbringen und diskutieren, als ein Ort, an dem vielleicht

wieder einmal an Grundsatzfragen und Definitionen gearbeitet wird, an dem der Status quo von den vielfältigen Gesprächsteilnehmenden befragt werden darf, als ein Ort, der Holzwege zulässt – und an dem alle allen zuhören und sich gegenseitig ernst nehmen.

Ein humanistisches und vielleicht rein idealistisches Konzept? Die Jahrbuch-Redaktoren reisen mit dieser Idee im Gepäck durch den Schneesturm von Monstein ins Appenzellerland zurück.



1 Daniel Thürer: *Res publica. Von Bürgertugenden, Menschenrechten und neuen Feudalisten*. Zürich/St. Gallen 2011.

2 Daniel Thürer. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Thürer (Abfrage vom 17.7.2012). – Auswahl aus der Publikationsliste: *Kosmopolitisches Staatsrecht*. Zürich 2005 (Grundidee Gerechtigkeit 1); *Völkerrecht als Fortschritt und Chance*. Zürich 2009 (Grundidee Gerechtigkeit 2); zusammen mit Zdzisław Kędzia (Hrsg.): *Managing Diversity. Protection of Minorities in International Law*. Zürich und Baden-Baden 2009; zusammen mit Thomas Buergenthal: *Menschenrechte. Ideale, Instrumente, Institutionen*. Zürich 2010; *International Humanitarian Law: Theory, Practice, Context*. The Hague 2011.

3 Georg Thürer: *Johannes und Arnold Roth. Zwei Appenzeller Staatsmänner*. Teufen 1981 (Teufener Hefte 6).

4 Herbert Marcuse: *Repressive Toleranz*. Essay. 1965. URL: www.marcuse.org/herbert/pubs/60spubs/65reprtoleranzdt.htm (Abfrage vom 17.7.2012).

5 Martin Meredith: *Nelson Mandela. Ein Leben für Frieden und Freiheit*. München 1998.

6 Emil Schiess: *Hundert Jahre Amtsblatt 1834–1934*. In: *AJb* 1935, S. 1–19. Kühne: *Der Kampf um politische und soziale Grundsätze im Kanton Appenzell A.Rh. während der letzten drei Jahrzehnte. Erste Abtheilung 1830–1834. Teil 1 und Schluss*. In: *AJb* 1860, S. 24–42 und *AJb* 1861, S. 3–24. *Verfassung, angenommen von der Landsgemeinde in Trogen den 31. Augstmonat 1834*. [Trogen 1834].

7 Anlässlich von Rousseaus 300. Geburtstag im Jahre 2012 sind zahlreiche Bücher erschienen. Eines davon: Ernst Cassirer: *Über Rousseau*. Hrsg. und mit einem Nachwort von Guido Kreis. Berlin 2012.

*Bildstreifen: Werner Meier
(siehe hintere Umschlagklappe)*